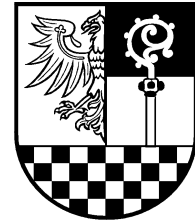


# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

## Niederschrift

über die 17. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 05.01.2016 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Winand Jansen  
Herr Detlev von der Heide  
Herr René Haase  
Herr Olaf Manthey  
Herr Hartmut Rex  
Herr Michael Wolny  
Herr Erich Ertl

#### Sachkundige Einwohner

Herr Edgar Leisten  
Herr Peter Wetzel

### Entschuldigt fehlten:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Niendorf  
Frau Annekathrin Loy  
Herr Klaus Wigandt

#### Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller

### Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin  
Herr Johannes Ferdinand, Kämmerer  
Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter  
Herr Norbert Jurtzik, Untere Bauaufsichtsbehörde, Amtsleiter  
Herr Karsten Dornquast, Amt für Bildung und Kultur, Amtsleiter

Frau Ilka Leistner, Bauamt, Sachgebietsleiterin  
Frau Nicole Brettschneider, Bürgerberatungszentrum (BBZ), Sachbearbeiterin  
Frau Daniela Schulz, Dezernat IV, Sekretärin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2015 und 01.12.2015
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016 5-2581/15-I/1
- 6.2 Haushaltssicherungskonzept 2016 5-2576/15-I
- 6.3 Haushaltssatzung 2016 5-2575/15-I
- 7 Flughafen BER - aktuelle Informationen
- 8 Verschiedenes

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1**

#### **Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung**

Herr **Jansen** begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.  
Es wird nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren.

#### **TOP 2**

#### **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2015 und 01.12.2015**

Einwendungen gegen die Niederschriften vom 03.11.2015 und 01.12.2015 liegen nicht vor.

#### **TOP 3**

#### **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Anfragen gestellt.

#### **TOP 4**

#### **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr **Haase** erkundigt sich nach den seit einiger Zeit anhaltenden Baumaßnahmen an der B 101n im Bereich zwischen Trebbin und Wiesenhagen. Er möchte wissen, ob es sich schon um erste Reparaturarbeiten an der neuen B 101 handelt.

Herr **Neumann** will sich erkundigen und die Antwort nachreichen.

Herr **Jansen** informiert über die Einladung der DEGES<sup>1</sup> zu dieser Sitzung. Der Einladung konnte aber aus zeitlichen Gründen nicht gefolgt werden. Er hofft, dass die DEGES in der nächsten Sitzungen auch zu dieser Anfrage Stellung nehmen kann.

Herr Jansen erkundigt sich bei Frau Leistner nach ihre Antwort auf seine Anfrage in der letzten Sitzung zur Kreuzung L 80 – Einmündung Schulstraße in Zülchendorf.

Herr Jansen möchte außerdem wissen, ob der Verwaltung bekannt ist, dass die Telekom in einigen Ortschaften einzelne Haushalte nicht anschließt und möchte den Grund dafür erfahren. Sollte die Frage heute nicht beantwortet werden können, bittet er, die Telekom in der nächsten Sitzungen einzuladen und zu befragen.

## **TOP 5** **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr **Neumann** berichtet zum Thema Multienergiekraftwerk Sperenberg (MEKS) über einen Termin bei der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (GL) auf Veranlassung der Investorenvertreter ENCON:Europe GmbH und ENERTRAG. Es sollte in Erfahrung gebracht werden, wie es weiter geht, welche Ideen es gibt und wie die GL zu so einem Projekt steht. Auf Wunsch der Stadt Luckenwalde sollte er den planungsrechtlichen Bereich kontrollieren. In dem sehr sachlichen Gespräch hat die GL die Entwicklung einer solchen Fläche im Rahmen der Gesetze grundsätzlich nicht ausgeschlossen, insbesondere wenn diese problematisch ist. Von Seiten der GL wurde auch darauf hingewiesen, dass es im jetzigen Stadium keinen Zweck hat, irgendeine Art von gemeindliche Bauleitplanung loszutreten, weil diese auf die bekannten Hindernisse LEP BB und Regionalplan Havelland-Fläming trifft. Die GL äußerte gegenüber der Investorengruppe den Wunsch, zu Beginn des neuen Jahres im Projekt konkreter zu werden, um eine genauere Beurteilung zu ermöglichen.

Herr **Jansen** schlägt außerhalb dieses Tagesordnungspunktes vor, sich in einer der nächsten Sitzungen mit der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) zu beschäftigen, die derzeit in Diskussion ist. Der Wunsch wurde an ihn herangetragen, obwohl es eine politische Entscheidung der Landesregierung bzw. des Landtages ist.

Davon rät Herr **Jurtzik** ab und sieht hierzu auch gegenwärtig keine Möglichkeit. Er erläutert, dass das Gesetzgebungsverfahren erst eröffnet wurde und der Landtag jetzt Herr des Verfahrens ist. Der Landkreis hat darauf keinen Einfluss und keine Zuständigkeit. Die untere Bauaufsicht wurde zwar als Fachbehörde seit der letzten Legislaturperiode immer wieder in Diskussionen einbezogen, aber im Moment hat er keinen Stand, den er vortragen kann. Herr Jurtzik schlägt stattdessen vor, die BbgBO nach deren Fertigstellung vorzustellen.

Herr **Jansen** hält es für ineffizient, den Entwurf zu diskutieren.

Für Herrn **Rex** ist ebenfalls das Ergebnis bedeutsam. Bis dahin sollte man abwarten, weil es noch erhebliche Ver- bzw. Abänderungen geben wird. Das findet die Zustimmung des Ausschusses

## **TOP 6** **Beschlussvorlagen**

### **TOP 6.1** **Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016 ( 5-2581/15-I/1 )**

Herr **Jansen** weist einleitend darauf hin, dass die Verwaltung bei den investiven Maßnahmen ihren Schwerpunkt hauptsächlich beim Schulwesen setzt. Anschließend erteilt er Herrn Ferdinand das Wort.

Herr **Ferdinand** berichtet, dass die Fachämter insgesamt ca. 7 Mio. Euro Bedarf angemeldet hatten. Aufgrund der Schlüsselzuweisung von nur ca. 1,9 Mio. Euro, der noch ausstehenden Jahresabschlüsse und der fehlenden Möglichkeit, aus den Aufwendungen Mittel in den investiven Bereich überzuleiten, mussten unweigerlich drastische Kürzungen vorgenommen werden. Zu diesem

---

<sup>1</sup> DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und bau GmbH

Zeitpunkt konnte das gerade neu veröffentlichte Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG)<sup>2</sup> noch nicht berücksichtigt werden. Der Landkreis Teltow-Fläming hat den Zuwendungsbescheid erst am 23.12.2015 erhalten. Demnach stehen dem Landkreis über einen Zeitraum von 3 Jahre insgesamt 6,5 Mio. Euro für Investitionsmaßnahmen aus den Bereichen Infrastruktur und Bildungsinfrastruktur zur Verfügung. Die vorliegenden Haushaltsdokumente stellen somit die Investitionen dar, die man zum damaligen Zeitpunkt meinte, mit den 1,9 Mio. Euro Schlüsselzuweisung abdecken zu können.

Zur Einführung der Prioritätenliste 2016 verweist Frau **Wehlan** auf die Prioritätenliste 2015. Der Kreistag hat dort seine Schwerpunkte entsprechend dem damaligen, mittelfristigen Finanzplanzeitraum bestimmt. Diese lagen zum einen im Bereich Bildung und zum anderen da, wo eine Chance besteht, für notwendige Maßnahmen einen großen Anteil Fördermittel zu akquirieren. Das betraf hauptsächlich die Kreisstraßen. Für die Haushaltsplanung 2016 wurde mit dem Kreistag verabredet, dass die Verwaltung zeitgleich mit den Haushaltsdokumenten 2016, welche sich aufgrund der Schlüsselzuweisung 2016 ergaben, auch die Maßnahmen vorstellt, die sich mit dem KInvFG verbinden. Zum Thema KInvFG bittet Sie Herrn Dornquast später um nähere Erläuterungen. Frau Wehlan führt weiter aus, dass jetzt zu klären ist, ob der Landkreis bei den investiven Schlüsselzuweisungen für die Prioritätenliste noch Geld sparen kann, was mit Mitteln aus dem KInvFG finanziert werden kann. Die Diskussion um die evtl. freiwerdenden Mittel möchte Frau Wehlan aber zunächst gern mit den Amtsleitern führen, da diese einer sehr restriktiven Planung ausgesetzt waren. Die Verwaltung arbeitet gerade mit Hochdruck daran, die Prioritätenliste 2016 für die Ausschüsse und den Kreistag zu überarbeiten und anschließend den Ausschüssen und dem Kreistag zur Entscheidung vorzulegen.

**Herr Ferdinand** untersetzt die Ausführungen von Frau Wehlan mit den folgenden Zahlen. Von den 1,9 Mio. Euro sind 1,3 Mio. Euro überjährige Baumaßnahmen für Schulgebäude und Kreisstraßen vorgesehen. Davon sind 600.000 Euro Fördermittel in Abzug zu bringen. Somit bleiben 700.000 Euro übrig zu finanzieren. Die restlichen 1,2 Mio. Euro wurden auf verbleibende Kategorien (Schulausstattung, Ordnungsamt, Hauptamt (ADV)) verteilt. Die weiteren Fachämter konnten nur noch über einen Rest von 290.000 Euro verfügen.

**Herr Dornquast** berichtet, dass für die Elektro- und Heizungsinstallation des Ackerbürgerhauses Haushaltsmittel aus 2015 zur Verfügung stehen. Derzeit laufen die Ausschreibungsverfahren und es werden die Vergaben vorbereitet.

Des Weiteren erläutert Herr Dornquast die Rahmenbedingungen für die Förderung nach dem KInvFG. **(Eine Kurzinformation zum KInvFG ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)** Der Landkreis ist aufgefordert, bis zum 30.04.2016 den Fördermittelbescheid mit konkreten Maßnahmen zu untersetzen und diese den politischen Gremien vorzustellen. Wichtig zu erwähnen ist, dass die Förderung der Bildungsinfrastruktur immer an energetische Sanierungsmaßnahmen gekoppelt ist.

Insbesondere sollen die 6,5 Mio. Euro aus dem KInvFG auf folgende Projekte aufgeteilt werden:

1. Gymnasium Rangsdorf (Erweiterungsbau von ca. 1.200 m<sup>2</sup>)
2. Gymnasium Ludwigsfelde (Dachstuhlerneuerung im Altbau und gleichzeitig Schaffung einer Aula)
3. Gymnasium Jüterbog (Bau eines zusätzlichen Treppenhauses mit Aufzug, da es weder einen barrierefreien Zugang noch einen 2. Fluchtweg gibt, sowie die Sanierung der Fassade und der Elektroanlagen des denkmalgeschützten Gebäudes)
4. VHS, Standort Dessauer Straße in Luckenwalde (energetische Sanierung des Daches, der Fassade, Fenster und Türen)
5. Oberstufenzentrum Teltow Fläming, Standort Luckenwalde (energetische Sanierung des Wohnheims aus den fünfziger Jahren).

Momentan arbeiten die Bauleiter und Planer des Bauamtes daran, diese Maßnahmen zu verifizieren, Kostenschätzungen vorzunehmen und entsprechende Leistungen für Architekten und Planer vorzubereiten.

---

<sup>2</sup> Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz – KInvFG) vom 24. Juni 2015 (BGBl. I S. 974, 975), in Kraft getreten am 30. Juni 2015

Herr Dornquast informiert über ein erstes Beratungsgespräch in der nächsten Woche mit der ILB, bei dem man sich mit der ILB zu den Fördermöglichkeiten der einzelnen Maßnahmen abstimmen möchte, um ggf. noch rechtzeitig gegensteuern zu können. Es wird bereits fest damit gerechnet, die Baumaßnahmen am Gymnasium Ludwigsfelde in diesem Förderpaket unterzubringen. Im Ergebnis dessen besteht die Möglichkeit, dass die in den Haushaltsunterlagen 2016 vorgesehenen 135.000 Euro Planungskosten für das Gymnasium Ludwigsfelde für sonstige investive Maßnahmen verwendet werden können. Das soll am nächsten Montag in der Verwaltungsleitung und anschließend in den politischen Gremien diskutiert werden.

**Herr Jansen** bedankt sich für die Ausführungen der Verwaltung und merkt dazu an, dass neben dem Schwerpunkt Bildung die Straßenunterhaltung etc. nicht vernachlässigt werden sollte.

**Frau Wehlan** antwortet darauf, dass die Kreisstraßen in der Vergangenheit nicht vernachlässigt wurden. Die Kreisstraßen seien in einem sehr guten baulichen Zustand. Was dem Landkreis ermöglicht, die Diskussion mit den Gemeinden zur Umwidmung zu führen.

**Herr Jansen** regt an, von den 135.000 Euro die restlichen Baumaßnahmen für das Ackerbürgerhaus durchführen zu lassen, damit das Gebäude endlich fertiggestellt und genutzt werden kann.

Diese Vorgehensweise findet **Frau Wehlan** zu übereilt. Sie versteht durchaus die Bemühungen, das sogenannte Eingangstor zur Kreisverwaltung auch als Eingangstor erlebbar zu gestalten. Gemäß einem vollzogenen Antragsverfahren sollen die Wirtschaftsförderung und der Tourismus das Gebäude zukünftig nutzen. Gegenwärtig besteht aber keine Notsituation.

Eine Notsituation besteht allerdings in Anbetracht eines sehr restriktiven Herangehens im Umgang mit den zur Verfügung stehenden investiven Schlüsselzuweisungen gegenüber den Amtsleitern. Frau Wehlan bittet daher darum, die Diskussion mit den Amtsleitern abzuwarten und einfließen zu lassen.

**Herr Jansen** äußert sein Verständnis dafür, gibt aber zu bedenken, dass für die derzeitigen Räumlichkeiten der Wirtschaftsförderung monatliche Mietkosten anfallen, die auch berücksichtigt werden müssen.

**Herr Haase** schlägt vor, bei den geplanten Fördermaßnahmen wie dem Gymnasium Ludwigsfelde gleich die Folgejahre mit zu betrachten und zu prüfen, welche Mittel dadurch insgesamt für die anderen Investitionen eingespart werden können.

So einfach ist das nicht, antwortet **Herr Jansen**. Mit den Mitteln aus dem KInvFG wird man nicht alles finanzieren können, was man möchte. Daran sind bestimmte Auflagen gebunden. Diese kennt man jetzt nicht. Ziel der Verwaltung ist, bis April abzuklären, was förderfähig ist und in welcher Höhe. Anschließend müsste man sich vom Grundsatz her im Mai wieder zusammensetzen und über die Neuaufteilung der Mittel unterhalten.

**Herr Dornquast** gibt zu bedenken, dass man soweit noch nicht ist. Erst nach dem Termin mit der ILB lässt sich dazu mehr sagen.

**Herr Rex** ist auch der Meinung, die Vorgespräche mit der ILB abzuwarten. Herr Rex hält den April für diese Diskussion aber zu spät. Sobald Klarheit darüber besteht, welche konkreten Maßnahmen gefördert werden können, sollte der Ausschuss über die Summe, die frei wird, diskutieren.

**Frau Wehlan** erinnert die Mitglieder daran, dass die Verwaltung im letzten Jahr vorgeschlagen hatte zuerst die Prioritätenliste mit den politischen Gremien zu diskutieren und beschließen zu lassen, um diese als Grundlage für die Erarbeitung der Haushaltsdokumente zu nehmen. Dem ist der Kreistag nicht gefolgt und wollte erst den Haushalt diskutieren. Für die Zukunft schlägt sie daher vor, die Debatte um die Prioritätenliste und die Mittelfristplanung vor der Diskussion zum Haushalt zu führen. Dann könnte man die Prioritätenliste spätestens im September einbringen und im Dezember oder früher den Haushalt. Sie regt auch an, dies noch einmal in den Fraktionen zu diskutieren.

Aktuell hat die Verwaltung extrem damit zu tun, alles bis zum 30.4.16 bzw. bis zum Kreistag am 16.4.16 ordentlich vorzubereiten. Aufgrund der Einladungsfrist von 10 Tagen vorher und den Fristen der Ausschüsse, gestaltet sich das allein schon schwierig. Sie sieht daher keine Möglichkeit den Haushalt noch einmal umzumodeln, um hier eine konkrete Projektplanung für das KInvFG

vorzunehmen. Zu diesem Verfahrensweg hatte man sich mit dem Kreistag und HFA verständigt. Der Landkreis ist daran interessiert, frühzeitig die Entscheidung des Innenministeriums herbeizuführen, da die vorläufige Haushaltsführung für die Verwaltung ein schwieriges Unterfangen ist. Für die Entscheidung des Innenministeriums muss man mit mindestens 4 bis 5 Wochen rechnen.

Herr **Jansen** stimmt dem Vorschlag von Frau Wehlan zu, sich zukünftig zeitiger im August, September mit den Investitionen für die kommenden Jahre auseinanderzusetzen. Für die investiven Maßnahmen 2016 sieht er keine andere Möglichkeit, als der Prioritätenliste jetzt in der vorliegenden Form zuzustimmen. Herr Jansen möchte dennoch das Thema Ackerbürgerhaus und deren Nutzung noch einmal im April/Mai diskutieren.

**Die Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016 (Vorlage 5-2581/15-I/1) wird bei einer Gegenstimme mehrheitlich empfohlen.**

## **TOP 6.2**

### **Haushaltssicherungskonzept 2016 ( 5-2576/15-I )**

Herr **Jansen** bittet Herrn Ferdinand um einige Erläuterungen zur Vorlage.

Herr **Ferdinand** schildert, welche Eckdaten bei der Erarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes zu berücksichtigen waren. Zum Beispiel war die Schlüsselzuweisung gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken. Darüber hinaus ist der Landkreis angehalten, 4,5 Mio. Euro zu erwirtschaften. Aufgrund der aktuell vollzogenen Jahresabschlüsse und den deutlich niedrigeren Unterdeckungen sieht es aktuell aber so aus, dass der Landkreis bereits vor dem Jahr 2023 aus der Haushaltssicherung herauskommen könnte. Hinzu kommt, dass die Kassenkreditzinsen gegenwärtig sehr niedrig sind. Auch bei der Ergebnisrechnung hat sich der Landkreis in den letzten Jahren erstaunlich entwickelt. Herr Ferdinand wünscht sich weiterhin eine sehr disziplinierte Näherungsweise, damit der Landkreis schnellstmöglich aus der Haushaltssicherung herauskommt und auch wieder etwas freier über seinen Haushalt entscheiden kann.

Herr **Jansen** bedankt sich bei Herrn Ferdinand für seine Erläuterungen und schlägt vor, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

**Das Haushaltssicherungskonzept 2016 (Vorlage 5-2576/15-I) wird bei einer Gegenstimme mehrheitlich empfohlen.**

Herr **Haase** fragt nach, ob der drastische Rückgang der Schlüsselzuweisung auch für das nächste Jahr zu erwarten ist, was Herr **Ferdinand** tendenziell bejaht.

## **TOP 6.3**

### **Haushaltssatzung 2016 ( 5-2575/15-I )**

Herr **Ferdinand** weist ergänzend zu den Haushaltsdokumenten darauf hin, dass neben den 1,9 Mio. Euro Schlüsselzuweisung für Investitionen auch vorgesehen ist, 2 Mio. Euro für die Kofinanzierung der B 101 aus den Rücklagen zu entnehmen. Solange dem Landkreis kein endgültiger Bescheid vorliegt, dass der Bund und das Land auf die 5,6 Mio. Euro verzichten, kann über diese Rücklagen für andere Investitionen nicht verfügt werden.

**Die Haushaltssatzung 2016 (Vorlage 5-2575/15-I) wird bei einer Gegenstimme mehrheitlich empfohlen.**

## **TOP 7**

### **Flughafen BER - aktuelle Informationen**

Frau **Brettschneider** informiert zur Umsetzung des Schallschutzprogrammes über die aktuellen Zahlen des Monats Dezember. Von ca. 12.000 eingegangenen Anträgen wurden 2.500 Maßnahmen umgesetzt. In 2.400 Fällen geschah dies durch eine Geldzahlung und in 110 Fällen durch bauliche

Maßnahmen. Bis Dezember gab es in 191 Fällen eine Teilumsetzung. Die Gründe für bisher nicht bearbeitete Anträge sind verschiedener Art, z. B. dass der Eigentümer nicht erreichbar ist, Anträge zurückgestellt werden, keine Termine zur Verkehrswertermittlung vereinbart oder eigene Gutachter gesucht werden. Der Flughafen versichert, die Anträge weiter zu bearbeiten, sofern diese Angelegenheiten geklärt sind. Der Flughafen teilt auch mit, dass die zu den Geldauszahlungen separat angebotenen Beratungen nur in 45 Fällen in Anspruch genommen wurden. Obwohl dies intensiv beworben wird, stellt auch sie in den eigenen Beratungen fest, dass dieses Beratungsangebot leider wenig angenommen wird. Des Weiteren berichtet Frau Brettschneider, dass der Flughafen bis zum Ende des letzten Jahres bei den insgesamt 21 Infoveranstaltungen 1.500 Einwohner informiert hat.

**Herr Wolny** bedauert die nur langsam steigenden Bearbeitungszahlen. Von den 19.798 vorliegenden Anträgen sind 14.763 abgearbeitet. Das entspricht 75 %; zum 30.06.2015 waren es 63 %. Leider wurde das Versprechen vom Land, dass bis zum 31.12.2015 alles aufgearbeitet sein sollte, nicht eingehalten. Den einzigen Lichtblick sieht er in den Anträgen zur freiwilligen Übernahme von Leistungen. Er findet es wichtig, die Betroffenen über die Möglichkeit zu informieren, dass diejenigen, die eine Entschädigung ausgezahlt bekommen haben und einzelne Bauteile nicht berücksichtigt wurden, auch noch mal eine Nachbesserung erfahren können. Hierzu weist Frau Brettschneider darauf hin, dass diese Anträge aber nachrangig und momentan sogar überhaupt nicht bearbeitet werden.

Auf die Nachfrage von **Herrn Rex**, ob schon die Messdaten aus der 0-Messung und der Messung am Standort Rangsdorf zugänglich sind, verweist Frau Brettschneider auf die Monate März/April.

## **TOP 8** **Verschiedenes**

Zum TOP erfolgen keine Wortmeldungen.

**Herr Jansen** bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:35 Uhr.

Luckenwalde, den 20. Januar 2016

---

Winand Jansen  
Vorsitzender

---

Michaela Teubner  
Schriftführerin